



Botschafter von Ungarn

Herrn Berthold Kohler
Herausgeber
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Hellerhofstraße 2-4
60327 Frankfurt am Main

Berlin, den 17. September 2018

Sehr geehrter Herr Kohler,

In der Ausgabe vom 15. September der FAZ wird anhand der Position des ungarischen Ministerpräsidenten bzgl. des Grenzschutzes dies von dem Kommentar nicht nur als „dummes Zeug“ genannt, sondern wirft auch „die offenkundige Vernebelung seiner Sinne durch den Nationalismus“ auf. Das könnte eigentlich Anlass geben sich beleidigt zu fühlen. Stattdessen versuche ich erneut in diesen „Nebel“, der sich im „alten“ Europa offenbar stark hält, eine etwas klarere Sicht zu bringen.

Solche Angriffe auf den ungarischen Ministerpräsidenten gab es genau vor drei Jahren. Er gab damals eine Antwort auf die gerade explodierende Krise der Völkerwanderung: die Außengrenzen von Schengen können und müssen geschützt werden. Der „ungarische Burgkapitän“ hat seine Pflicht erfüllt und die grüne Grenze geschützt, was natürlich nicht mit Plüschtieren und Blumen getan werden konnte, sondern mit bedeutenden humanen Ressourcen und dem Zaun. Neben den Ungarn haben wir auch die Deutschen, die Niederländer, die Schweden, wie auch das Erbe von Bundeskanzler Kohl, nämlich das europäische Lebens- und Wirtschaftsmodell beschützt, denn die EU kann nur solange global Player bleiben, solange der durch Schengen geschützte Binnenmarkt ungestört funktioniert. Dennoch blieb im Fokus der Gemüter der ungarische Ministerpräsident. Nun nach drei Jahren können wir endlich festhalten, dass wir eines aus dieser Krise – die die EU als Ganzes, aber auch die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse einzelner Mitgliedsstaaten gründlich erschüttert hat – gelernt haben: die Sicherung der Außengrenze hat absolute Priorität und ist möglich. Denn der Schutz der Außengrenzen ist „die Mutter aller Lösungen“.

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag auf Grundlage der Schlussfolgerung des Europäischen Rates im Juni vorgelegt. Zum Glück ist nun endlich nicht das „ob“, sondern das „wie“ die Fragestellung. Der ungarische Ministerpräsident hat in seiner deutlichen und ehrlichen Art zum Ausdruck gebracht, dass das nun auf der Tagesordnung liegende Konzept des „wie“ in vielen Elementen fehlerbehaftet ist. Bevor wir erneut in die Richtung gehen, dass dies eine Obstruktion gegenüber Brüssel sei, darf ich Ihnen anbei das durchdachte und stabile Konzept von Ministerpräsident Orbán übermitteln, das wir damals noch der bulgarischen Präsidentschaft



Botschafter von Ungarn

überreicht haben, d.h. die jetzt mit großer Aufruhr kommentierte Position ist sowohl in Brüssel, als auch in den Hauptstädten schon lange bekannt.

Was ist der Kern dieses Konzepts? Grundlage ist, dass der Schutz der mehrere tausend Kilometer langen Außengrenze in erster Linie die Pflicht und Aufgabe der Anrainer-Mitgliedsstaaten ist. Diese Verpflichtung ist nicht diskutabel, aber auch nicht abnehmbar oder übertragbar. Zweite Grundlage ist, dass die EU über die Fähigkeiten und Kapazitäten verfügen muss, um Situationen zu lösen, in denen ein Schengenmitglied unverschuldetermaßen unter starkem Druck gerät, oder selber nicht seine Aufgaben erfüllen will. Die Aufgabe ist daher nicht gut funktionierende Systeme aufzulösen für das Schaffen eines gemeinsamen Pools, sondern – den jeweiligen Anforderungen der Mitgliedsstaaten entsprechend, durch Mobilisierung von finanziellen, menschlichen und technischen Ressourcen – die ergänzenden Fähigkeiten ausbauen, die es ermöglichen zu verhindern, dass ein Riss durch das Schengen-Schild entsteht. Das nennen wir Solidarität und Lastenverteilung, und das ist es, was zur Zeit fehlt.

Souveränitätsübergabe ist nicht dann geboten, wenn jemand seine Aufgaben und Pflichten erfüllt, sondern wenn das Gegenteil zutrifft. Wir sind nicht zum ersten Mal mit solch einer Situation konfrontiert, denn die Mitgliedsstaaten sind verantwortlich zu gewährleisten, dass die gemeinsamen Haushaltsregeln eingehalten werden. Intervention, also eine quasi Souveränitätsübernahme erfolgt nur dann, wenn durch unverantwortliches Wirtschaften nicht nur die Regeln gebrochen werden, sondern dadurch die Gemeinschaft als Ganzes gefährdet wird.

Zum verbildlichen dieser Herausforderung möchte ich mit Ihnen eine in den deutschen Medien oft – und in einigen Fällen in einem sehr fragwürdigen Ton – kritisierte ungarische Position und Erfahrung teilen. Während der großen Krise hatten wir entlang der etwas weniger als 200 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenze 8000 Grenzschilder im Dienst, an weniger frequentierten Tagen ca. 3000. Kann jemand allen Ernstes denken, dass ein 10.000 Mann starkes Grenzschilderkontingent die primären Aufgaben entlang der Grenze vom nördlichen Gipfel Finnlands bis nach Gibraltar verrichten kann? Dieses Kontingent in dieser Zahl und mit diesen Befugnissen wird dann gebraucht, wenn irgendwo der Damm bricht. Aber die Risse am Damm dürfen nicht durch die Schwächung der gut untermauerten Dammbereiche gestopft werden. Als Beweis der ungarischen und V4 Solidarität sei gesagt, dass wir sogar in den schwersten Momenten Grenzschilder für Griechenland angeboten haben, Hunderte von ungarischen Polizisten nahmen teil an dem Schutz der Grenzen entlang der West-Balkan Route, und im letzten Dezember haben die Visegrád Staaten angeboten, das Projekt zum Schutz der Südgrenzen Libyens zu finanzieren und die notwendigen menschlichen und technischen Quellen bereitzustellen. Es sei bemerkt, der Schutz der ungarisch-serbischen und ungarisch-kroatischen – übrigens auch Ihrer – Außengrenze hat bislang ca. 1 Mrd EUR gekostet, und das Angebot für Libyen hatte einen Gegenwert von 35 Millionen EUR.

Ein anderer schwerwiegender Fehler des Vorschlags der Kommission ist, dass sie nicht von der Erzwingung der Verteilung ablassen kann, weil sie es auch nicht will. In der Ausgabe der FAZ



Botschafter von Ungarn

vom 3. September wurde eine fehlerlose Analyse über die ethisch und politisch vollkommen missverständene und missratene europäische Migrationspolitik veröffentlicht. Jeder der in irgendeiner Form den legalen Zugang propagiert, unterstützt zugleich das unendlich zynische Modell der Schlepper, ermutigt Hunderttausende aufzubrechen, von denen wiederum Tausende ihr Leben gefährden. Zwischenzeitlich wählen diejenigen, die es nach Europa geschafft haben, selber den Ort aus, wo sie ein neues und besseres Leben beginnen möchten. Und wie hoch die Chancen für eine Abschiebung derjenigen stehen, die illegal zugewandert sind, zeigt täglich die deutsche Realität und die konkreten Einzelfälle. Noch dazu ist die mehrfach gescheiterte Quotenregelung auch in ihrer ambitioniertesten Variante ein absurder Tropfen auf den heißen Stein, in Betracht auf das Ausmaß der weltweiten Migrationskrisen. Wenn also Ungarn die Darstellung und Propagierung der Verteilung als Wundermittel kritisiert, dann tut es nichts anderes, als dem weisen Rat zu folgen, dass Politik mit dem Betrachten der Realität beginnt, und andererseits konsequent für seine Taten und Standpunkte einsteht, die es als Schlussfolgerungen aus dieser Herangehensweise gewonnen und gezogen hat. Ein inhaltlich falsches und nicht den Zielen entsprechendes und politisch nicht konsensfähiges Konzept sollte nicht weiterverfolgt werden. Lassen Sie uns anhand der legalen Einwanderung auch festhalten, dass diese in vollem Umfang im Kompetenzbereich der Nationalstaaten liegt, wie im Vertrag festgelegt; egal ob dessen Motivation die demografische Lage, oder die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist.

Ordnung und Humanität müssen Hand in Hand miteinander gehen. Es ist jedoch keine wirkliche Humanität, wenn wir auf europäischem Boden unlösbare Probleme in die EU importieren. Stattdessen muss Hilfe exportiert werden. Ich möchte hier erneut auf das Interview mit Prof. Collier in der FAZ verweisen: Die nach Europa aufbrechen, sind bei weitem nicht die Bedürftigsten. Die jedoch wirklich unsere Hilfe benötigen, für die ist jeder in Europa ausgegebene Euro dort vor Ort oder in der Region das 135-Fache wert.

Der europäische Grenzschutz, wie auch die europäische Migrationspolitik müssen neu überdacht werden. Aber auch für die neue Ausrichtung gilt, dass sie richtig sein muss. Der jetzige Vorschlag entspricht dem unseren bisherigen empirischen Erfahrungen nach nicht.

Ich möchte meiner vorsichtigen Hoffnung Ausdruck verleihen, dass meine Zeilen dazu beitragen, etwas Klarheit in den Nebel zu bringen. Wie immer stehe ich natürlich Ihnen und Ihren Kollegen für eventuelle Fragen gerne zur Verfügung.

Ich bin zuversichtlich, dass auch die hier vorgestellte ungarische Position und Argumentation in der FAZ veröffentlicht wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Péter Györkös



Botschafter von Ungarn

Unter den Linden 76, 10117 Berlin
Telefon: +49 (30) 203 10-141, -139, Fax: +49 (30) 229 1314 eMail: mission.ber@mfa.gov.hu
web: www.berlin.mfa.gov.hu twitter: <http://twitter.com/botschaftungarn>
Facebook: <https://facebook.com/BotschaftUngarn>